



TRANSPARENCY INTERNATIONAL LUXEMBOURG

The press review

9 au 16 janvier 2013

Prepared by Transparency International Luxembourg

Disclaimer

Cette revue de presse est compilée par Transparency International Luxembourg. Les idées et opinions exprimées dans les articles cités sont fournies à titre d'information uniquement et ne représentent pas les idées et opinions de Transparency International Luxembourg, qui s'en distance formellement. La véracité et l'exactitude des documents repris ou cités dans cette revue de presse n'a pas été confirmée par Transparency International Luxembourg. Pour toutes questions concernant ce service, nous vous prions de bien vouloir contacter notre bureau au numéro de téléphone 26 38 99 29 ou par e-mail au secretariat@transparence.lu.

Information important «hotline anti-corruption»

Nous vous rappelons que nous avons mis en place une « hotline » qui permet d'obtenir aide et assistance gratuite pour tout fait constitutif de corruption au sens large ou de trafic d'influence(en tant que victime ou de témoin).

Vous pouvez nous joindre à cet effet par téléphone au numéro 26 38 99 29, par email info@trnsparence.lu ou alors directement en nos bureaux au 11C, Bd. Joseph II, Luxembourg.

Beamte vor Gericht: Korruption in der Gefängnisverwaltung?

Angestellte der Strafanstalt Schrassig sollen aus ihrer Stellung persönlichen Nutzen gezogen haben



Profitieren Angestellte im Gefängnis von Schrassig von Zuwendungen durch Lieferanten?
Archivbild: Serge Waldbillig

(gs) - Weil sie als Angestellte des Gefängnisses in Schrassig von Zuwendungen durch Lieferanten profitiert, das Eigentum der Strafanstalt für persönliche Zwecke genutzt beziehungsweise Rechnungsbelege gefälscht haben sollen, müssen sich seit Montagmorgen drei Männer unter anderem wegen Korruption, Betrugs, Unterschlagung und Fälschung vor dem Zuchtpolizeigericht Luxemburg verantworten.

Dem Leiter der Gefängnisküche wird unter anderem vorgeworfen, gemeinsam mit zwei mitangeklagten Geschäftsführern von zwei Lebensmittellieferanten insgesamt 170 Rechnungsbelege gefälscht zu haben. Dadurch sollen sie zwischen Oktober 2004 und Januar 2009 quasi wöchentlich Warenlieferungen in die Wege geleitet haben, bei denen sich aber unterm Strich andere Produkte in der Küche wiederfanden als jene, die auf den Dokumenten angegeben waren. 168 falsche Rechnungen beziehen sich dabei auf ein bestimmtes Unternehmen, lediglich zwei Dokumente wurden in der Geschäftsbeziehung mit einer anderen Firma ausgestellt.

Keine offensichtliche Bereicherung

Wer von diesen gefälschten Dokumenten profitierte beziehungsweise wem und ob dadurch überhaupt ein finanzieller Schaden entstand, ist allerdings mehr als unklar, da an den Warenpreisen nicht manipuliert worden sein soll. Die Frage, wieso sich die Beschuldigten dann überhaupt diese Mühe machten, ohne sich direkt zu bereichern, konnte vor Gericht auch der leitende Ermittler der Kriminalpolizei nicht erklären. Fakt sei aber, offizielle Dokumente seien gefälscht worden, so der Beamte.

Einzelnen Beschuldigten wird zudem vorgeworfen, Geschenke von Lieferanten der Strafanstalt entgehen genommen beziehungsweise Eigentum der Gefängnisverwaltung für persönliche Zwecke genutzt zu haben, obwohl beides per Gesetz strengstens untersagt sei, wie der zuständige Ermittler vor Gericht erklärte. Der Beamte führte in diesem Zusammenhang unter anderem eine Motorsäge sowie eine Hifi-Anlage an, über die der Schrässiger Lagerverwalter privat verfügt haben soll. Ähnliches wird auch dem Leiter der Gefängnisküche sowie einem Koch zur Last gelegt. Der leitende Ermittler musste vor dem Richterpult allerdings auch zugeben, dass die Herkunft der verdächtigen Gegenstände nicht in jedem Fall zweifelsfrei geklärt sei.

Ins Visier der Justiz waren die Beschuldigten im Jahre 2009 geraten, als ein anderer Mitarbeiter der Strafanstalt das für ihn nicht vertretbare Handeln seiner Kollegen meldete. Die Beschuldigten streiten allesamt eine betrügerische Absicht ab und stellen ihre Taten in den Kontext ihrer normalen beruflichen Tätigkeit. Das Verfahren ist auf fünf Verhandlungstage angesetzt und wird am Dienstag fortgesetzt.

Deontologiekodex für Politiker: Vertrauen ist gut ...

Parlamentarische Fachkommission brütet noch über strengere Verhaltensregeln



(BB) - Im Dossier Liwingen-Wickringen war eine heftige Diskussion über das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft entbrannt. Es fehle an Transparenz und Verhaltensregeln, bemängelte die Opposition. Im Oktober 2011 beschlossen die Abgeordneten in einer Resolution, einen Deontologiekodex zu erstellen. Seitdem brütet die parlamentarische Kommission der Institutionen über den Themen Interessenkonflikt, Fehlverhalten und entsprechende Sanktionen. Ein Regelwerk lässt aber noch auf sich warten.

Die Notwendigkeit eines Deontologiekodexes begründet die Opposition mit griffigen Schlagwörtern. Es gehe um die „Glaubwürdigkeit der Politik“ und um Vertrauen. Wie die 60 Abgeordneten auf Krautmarkt mit Nebeneinkünften, Geschenken und Mitgliedschaften in Verwaltungsräten umgehen, ist in der Tat nicht umfassend geregelt. Die Geschäftsordnung des Parlaments sieht vor, dass die Abgeordneten in einem öffentlich zugänglichen Register ihre beruflichen Aktivitäten, zusätzliche Mandate sowie finanzielle oder materielle Unterstützungen angeben.

Die Erklärungen obliegen allerdings der persönlichen Verantwortung jedes Abgeordneten. Der Text sieht keine Sanktionen vor. Die Abgeordneten müssen auch nicht darlegen, wie viel sie für ihre Nebenaktivitäten beziehen.

Der gläserne Abgeordnete

Déi Gréng hatten sich dafür eingesetzt, dass die Nebeneinkünfte und die Geschenke jeglicher Art über einem Wert von 150 Euro offengelegt werden müssen. Die Meinungen über das, was ein Politiker alles offenbaren muss, gehen aber auseinander.

Kammerpräsident Laurent Mosar wünscht sich zwar ein Regelwerk, das auch eine bessere Kontrolle der Lobby-Arbeit ermöglichen soll, wie er beim Neujahrsempfang der Abgeordnetenkammer unterstrich. Gleichzeitig warnt er aber davor, dass „zu viel Transparenz die Transparenz zerstören kann“. Auch Paul-Henri Meyers (CSV), Vorsitzender der Fachkommission für Institutionelle Fragen ist gegen den gläsernen Abgeordneten. Dass alle Familienmitglieder eines Parlamentariers ihre Einkünfte darlegen müssen und dass man sein Privatleben bloßlege, gehe zu weit.

Die Arbeit in der Fachkommission ist noch nicht abgeschlossen. Inhaltlich scheint es aber darauf hinauszulaufen, sich am Regelwerk des EU-Parlamentes zu orientieren, erläutert der CSV-Abgeordnete. Die EU-Abgeordneten müssen alle bezahlten Tätigkeiten und Vergütungen außerhalb des Parlamentes angeben. Der Kodex beinhaltet zudem ein explizites Verbot, Bezahlungen oder Gegenleistungen anzunehmen, die parlamentarische Entscheidungen beeinflussen könnten. Und ferner gibt es klare Vorschriften für die Annahme von Geschenken.

Grauzone bei den Geschenken

Für Paul-Henri Meyers beschränkt sich die Diskussion über Geschenke und Gegenleistungen nicht auf die Abgeordnetenkammer. Auch in der Privatwirtschaft müsse der Umgang mit Geschenken und das Beschenken erörtert werden. Inwiefern es rechtliche Folgen geben kann, ist ein umstrittenes Thema. Für einen Deontologiekodex auf Regierungsebene hat Minister François Biltgen Vorschläge ausgearbeitet. Er will sie demnächst den Regierungsmitgliedern unterbreiten, wie er auf LW-Nachfrage hin mitteilte.

Interessant ist hier die Frage, ob und wann ehemalige Minister in die Wirtschaft wechseln können, wenn der neue Job ihrem früheren Ressort nahe liegt. Was die Verhaltensregeln für Beamten angeht, sind Bestimmungen im Rahmen der Gehälterreform im öffentlichen Dienst vorgesehen

RTL.lu

Mamer: Ass d'Opreegung iwwer neie Bebauungsplang verflunn?

RTL - 10.01.2013, 06:12 | 8 Commentaire(n)

Den neie Bebauungsplang fir Mamer huet an de leschte Woche vill Welle geschloen. Iwwer 300 Reklamatioune waren an der Gemeng agereecht ginn.



Déi politesch

Responsabel hunn elo eng Partie vun deene Leit perséinlech gesinn. De Buergermeeschter ass awer zouversichtlech, dass d'Opreegung sech leet.

Am ganze waren et 330 Reklamatioune an 290 Leit ware convoquéiert. Eng 140 waren effektiv bei de Schäfferot komm. Dem Buergermeeschter Gilles Roth no gouf et eng Partie Ännerungen um PAG. Wann een Terrain am PAG als Bauterrain ausgewisen ass, kann e réischt gebaut ginn, wann en zousätzlecht Lotissement gestëmmt ass. All Besëtzer muss dann och säin Aval ginn, fir den Terrain dem Promoteur ze verkafen.

Et géif net vill Leit, déi net wélte verkafen. Do mécht d'Gemeng Ofstrécher. Aner Terraine wieren an eng Zort Zone de Reserve gesat ginn. Déi si réischt 2017 vun engem Lotissementsplang concernéiert.

D'Leit kruten alle dës Ännerunge presentéiert an doropshin hätte sech vill Situatioune gekläert. Et wollt ee sech net an ee Communiqués-Krich mat der Oppositoun aloossen.

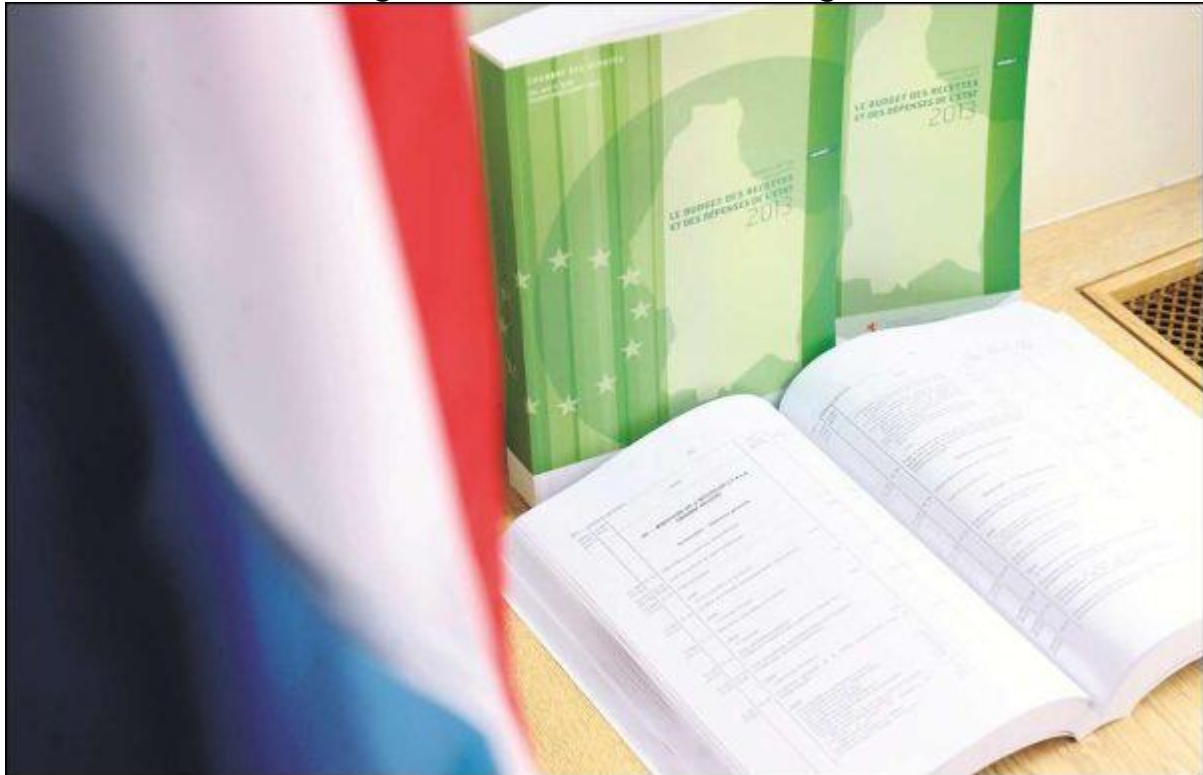
Déi ganz Prozedur kéint elo am Mäerz an de Gemengerot kommen. De Buergermeeschter ass zouversichtlech, dass de PAG am Mäerz duerch de Gemengerot geet an dann och de Feu Vert vum Innenministère kritt, fir virun Enn des Joer a Kraaft ze trieden.

PARLAMENT

09. Januar 2013 12:36

Kein gläserner Abgeordneter

Parlamentspräsident Laurent Mosar will mehr Transparenz im Abgeordnetenhaus. Doch den gläsernen Abgeordneten lehnt er ab. Ab 2014 soll die Budgetstruktur des Staats abgeändert werden.



Der Staatshaushalt soll anders strukturiert werden. Statt den Ministerien sollen die Mittel konkreten Projekten zugeschrieben werden. (Bild: Pierre Matgé)

Den Abgeordneten will Parlamentspräsident Laurent Mosar einen Verhaltenskodex vorlegen. Darin soll unter anderem geregelt werden, wie es der Volksvertreter mit Lobby-Arbeit halten soll. Derlei Regelwerk hat Mosar am Mittwoch anlässlich des Neujahrsempfangs am Donnerstag im Parlament angekündigt. Einen gläsernen Deputierten wolle man dennoch nicht, betonte er. Schließlich lehne auch der Bürger den gläsernen Bürger ab.

Derzeit können die Abgeordneten ihre Nebentätigkeiten auf der Web-Seite des Parlaments kundtun, indem sie ein entsprechendes Formular ausfüllen. So gibt der Differdinger "député-maire" von Differdingen (DP) als Berufstätigkeit Bankangestellter an. Als anderes, entlohntes Betätigungsfeld in Privatunternehmen führt er in der im Dezember 2012 unterschriebenen Erklärung seinen Sitz im CLT-Ufa-Verwaltungsrat an. Der Düdelinger "député-maire" Alex Bodry (LSAP) gehört ausschließlich dem Verwaltungsrat der Cogénération Brill SA an. Der Fraktionschef von „déi gréng“, François Bausch, bezieht eigenen Angaben zufolge neben seinem Gehalt als Abgeordneter und hauptstädtischen Schöffen lediglich noch Präsenzgeld als Verwaltungsratsmitglied der Luxexpo. Länger ist hingegen die Liste beim CSV-Fraktionschef und Bürgermeister von Bascharage, Michel Wolter. Er ist Mitglied mehrerer Verwaltungsräte von Privatunternehmen.

Anschließen möchte Präsident Laurent Mosar erneut die Diskussion über den Ämterkumul. Angesichts der zunehmenden Komplexität der Dossiers, die den Abgeordneten vorliegen, sei eine intensivere Beschäftigung damit unausweichlich. Die Diskussion ist nicht neu, scheiterte jedoch bislang vor allem den Deputierten, die gleichzeitig leitende kommunale Verantwortung tragen. Er habe nichts gegen eine Trennung der Ämter Bürgermeister-Abgeordneter. Bloss müsse das Bürgermeister entsprechend aufgewertet werden, auch finanziell, meint etwa Luxemburgs Bürgermeister Xavier Bettel.

Neue Budgetstruktur

Endlich angehen will man im Parlament auch eine neue Struktur für den Staatshaushalt. Statt Kreditmittel nach Ministerien und Verwaltungen zu verteilen, sollen sie projektorientiert eingesetzt werden. Wird ein zu realisierendes Projekt beschlossen, sollen die dazu erforderlichen Mittel im Staatshaushalt bereitgestellt werden. Sowohl Regierung als auch Parlament erwarten sich damit Kostenersparnisse bei der öffentlichen Hand. A propos Kostenreduzierung. Das Parlament hat 2012 seine Ausgaben um 10 Prozent reduziert.



Chambre des députés

09 janvier 2013 15:01

«Trop de transparence tue la transparence»

LUXEMBOURG – Un code de déontologie pour les députés et la possibilité pour les citoyens de soumettre des pétitions. Les grandes lignes de l'année parlementaire 2013 à la Chambre ont été présentées mercredi.



Laurent Mosar, président de la Chambre. (photo: Editpress)

«Nous avons bien traversé la crise»

«Nous avons besoin d'un code de déontologie pour le lobbying auprès des députés de la Chambre. Le Bundestag à Berlin, l'Assemblée nationale en France ou le Parlement européen se sont dotés de règles claires. C'est la voie que nous devons suivre», a déclaré le président de la Chambre, Laurent Mosar, lors de la traditionnelle réception du Nouvel An. Plus de transparence à venir donc, mais pas

trop quand même. «Trop de transparence tue la transparence, nous ne pouvons pas non plus imposer aux députés une surveillance que les citoyens refuseraient pour eux-mêmes».

Chambre et réseaux sociaux

La Chambre modernise ses moyens de communications, après un nouveau Logo, elle s'est dotée d'une page Facebook et d'un compte Twitter. Par ailleurs les capacités du streaming pour la retransmission des sessions parlementaires vont être revues à la hausse. «Nous examinons également les possibilités d'une retransmission sur GSM», annonce Laurent Mosar.

L'OTAN à la Chambre

La Chambre des députés organisera la session de printemps 2013 de l'OTAN qui accueillera près de 800 participants entre le 17 et le 20 mai.

Parmi les autres dossiers que la Chambre aura à traiter en 2013 les députés retrouveront la question des pétitions publiques: «Nous devons avancer sur ce sujet et présenter une solution aux citoyens», promet Mosar, qui annonce également une réforme de la procédure budgétaire et une réflexion sur le cumul des mandats.

Côté finances, Laurent Mosar s'est réjoui de la discipline de la Chambre: «Nous nous étions fixé une réduction des frais de fonctionnement de 10% pour 2011, un objectif que nous avons non seulement atteint mais dépassé de 6%».



10.01.2013 / EILMELDUNG * Ein Jahr Haft auf Bewährung für De la Hamette**

Chef des Steuerbüros „Sociétés 2“ kommt mit 5 000 € Geldbusse glimpflich davon

Der Vorwurf vor Gericht: 80 Gesellschaften als „privater Steuerberater“ soll Marc-Paul De la Hamette, Chef des Steuerbüros „Sociétés 2“ in Luxemburg, zur Seite gestanden zu haben, die er in seiner Funktion als Steuerbeamter allerdings auch bearbeitete.

Mindestens 120.000 Euro hat er laut Staatsanwaltschaft von einer Treuhandgesellschaft kassiert, weil er ihr Gesellschaften vermittelte, deren Steuerakten ebenfalls über seinen Schreibtisch liefen.

Jetzt die Strafe in erster Instanz: Ein Jahr Haft auf Bewährung und 5 000 Euro Geldbuße.

Nachtclubbetreiber wegen Zuhälterei angeklagt

Vier Beschuldigte sollen in Etablissement in Remich die Prostitution gefördert haben



Vier Männer müssen sich vor Gericht wegen Zuhälterei, Menschenhandels und Geldwäsche verantworten.

Foto: Archiv

(gs) - Wegen Zuhälterei, Menschenhandels und Geldwäsche müssen sich seit Montag vier Männer im Alter zwischen 36 und 53 Jahren vor dem Zuchtpolizeigericht Luxemburg verantworten. Die Beschuldigten hatten in den Jahren 2007 bis 2011 einen Nachtclub in Remich betrieben und sollen in diesem Etablissement mehrere Frauen zur Prostitution gezwungen haben.

Im Juli 2011 wurden die vier Angeklagten verhaftet. Eine Festnahme, die einen Höhepunkt von langwierigen Ermittlungen der Kriminalpolizei in Zusammenarbeit mit estnischen Behörden sowie Eurojust markierte. Im Fokus der Untersuchung stand hierzulande ein Nachtclub in der Rue Enz in Remich. Die Betreiber dieses Etablissements sollen über verschiedenen Agenturen Frauen im osteuropäischen Raum rekrutiert haben.

Mehr als nur Tanzen

Den Frauen aus Estland, Litauen und Rumänien soll weisgemacht worden sein, dass sie in Remich als Tänzerinnen bzw. Artistinnen zum Einsatz kommen sollen. Tatsächlich sollen insgesamt 25 Frauen im Alter zwischen 18 und 32 Jahren zu sexuellen Handlungen mit Kunden gezwungen worden sein. Einige der jungen Frauen waren zu einem gewissen Zeitpunkt bei der Polizei vorstellig geworden, um sich über das Geschehen in dem Nachtclub zu beschweren.

Einem der vier Angeklagten wird in diesem Verfahren neben Zuhälterei, Menschenhandel, Geldwäsche auch unerlaubter Waffenbesitz vorgeworfen. Bei dem Mann war im Rahmen der Verhaftung ein Elektro-Taser sowie Pfefferspray sichergestellt worden. Der Prozess ist auf insgesamt vier Verhandlungstage angesetzt und wird am Dienstag fortgesetzt.

KOMPLEMENTARWAHLEN

14. Januar 2013 22:19;

Neues aus dem Gemeinderat Schieren

Nach der Demission vom Bürgermeister, einer Schöffin und von vier Räten, bleiben nur noch zwei Mitglieder im Schiererener Gemeinderat übrig: Alle Zeichen stehen auf Komplementarwahlen.



*Wer künftig im Schiererener Rathaus das Sagen haben wird, soll via Komplementarwahlen entschieden werden.
(Bild: Gemeindeverwaltung Schieren)*

„Das Fass ist übergelaufen“

Am Samstag und am Sonntag hatten wir über [Aktuelles](#) im Fall der sechs Demissionen im Schiererener Gemeinderat berichtet. Kurz zur Erinnerung: Am Freitagabend kündigte Bürgermeister Marc Schmitz beim Neujahrsempfang an, er selbst, Schöffin Juliette Kemp und vier Räte könnten nicht mehr unter den bestehenden Bedingungen im Gemeinderat arbeiten und hätten sich daher zur Demission entschieden. Da im Schiererener Rat seit den letzten Wahlen nur acht Mitglieder tagen (es lagen nicht mehr Kandidaturen vor), bleiben somit nur zwei übrig: Schöffe Camille Pletschette und Rat André Schmit. Der Bürgermeister spielt Letzterem den Schwarzen Peter für die schlechte Ambiance in der Gemeindeführung zu, auf die genaueren Vorwürfe wollen wir hier aber nicht noch einmal eingehen.

Der angesprochene Rat Schmit weist diese Vorwürfe aber entschieden zurück, von wegen Versteckspiel hinter Briefen, E-Mails usw. „Wenn ich etwas geschrieben habe, habe ich immer meinen Namen vermerkt.“ Es habe Ungereimtheiten bei der Vergabe von Baugenehmigungen und beim Ankauf von Ländereien gegeben, so Schmit, „um nur diese Beispiele zu nennen, und dies kann ich beweisen“.

Komplementar- statt Neuwahlen

Übers Wochenende wurde bereits lauthals von Neuwahlen in Schieren gesprochen, doch am Montag hieß es im Innenministerium, dass in einem solchen Fall das Wahlgesetz Komplementarwahlen und keine Neuwahlen vorsieht.

Der Schöffenrat sei ja nicht komplett aufgelöst, da Schöffe Pletschette sein Amt nicht niedergelegt hat. Jetzt müssten der Bürgermeister und die Schöffin erst einmal offiziell von ihren Ämtern zurücktreten und dann aus dem Gemeinderat austreten. Wenn dies geschehen ist, sind – zusammen mit den vier demissionierenden Räten – sechs Posten vakant.

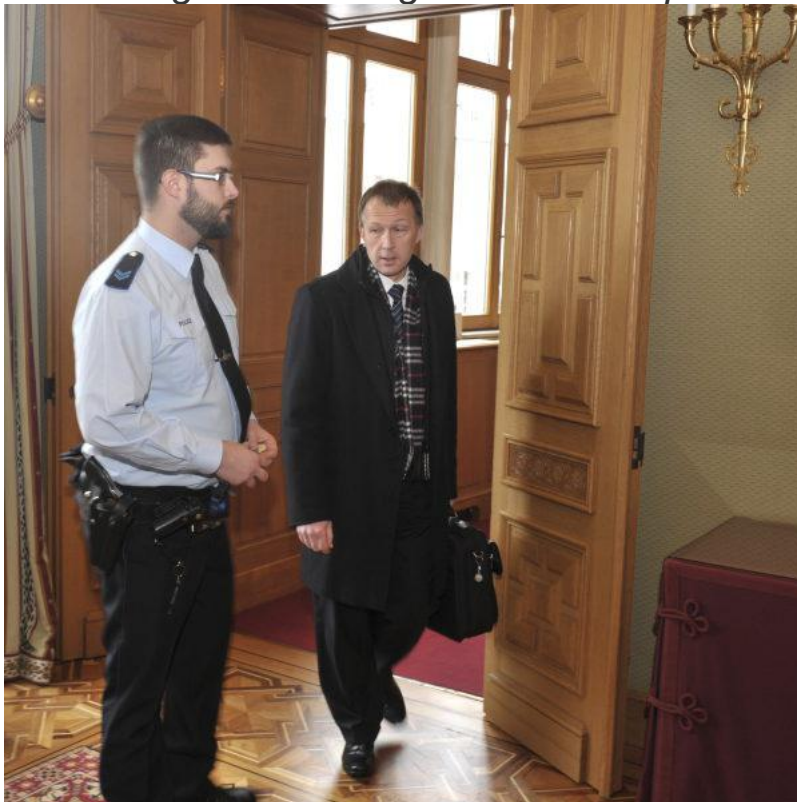
Sechs oder sieben Posten

Der jetzige Gemeinderat könne aber noch entscheiden, ob der seit den Wahlen freistehende neunte Posten im Gemeinderat auch mit ausgeschrieben wird oder nicht.

Anders ausgedrückt: Es kommt zu Komplementarwahlen zwecks Besetzung von sechs oder eventuell sieben Gemeinderatsposten. Bis dahin ist der jetzige Schöffenrat aber angehalten, sich um die laufenden Geschäfte zu kümmern.

Marco Mille gibt sich zurückhaltend

Während mehr als zwei Stunden wurde der vormalige SREL-Chef Marco Mille am Dienstag im parlamentarischen Untersuchungsausschuss in öffentlicher Sitzung gehört. Überwältigend Neues gab Mille nicht preis.



Die Geheimnisse des Geheimdienstes



"Am Rande der Legalität"

Nach Geheimdienstchef Patrick Heck wurde am Dienstagnachmittag sein Vorgänger im Amt, Marco Mille, im Untersuchungsausschuss des Parlaments gehört.

Mille, der heute als Sicherheitschef in einem großen deutschen Konzern arbeitet, hatte den Dienst im Jahr 2010 quittiert. Zuvor war sein illegaler Mitschnitt eines Gesprächs zwischen ihm und Premierminister Jean-Claude Juncker bekannt geworden. Obwohl es sich um eine illegale Aktion des SREL handelte, war kein Disziplinarverfahren gegen Mille eingeleitet worden. Mille leitete den Geheimdienst seit 2003. In der Affäre um den illegalen Mitschnitt des Gesprächs ermittelt derzeit die Staatsanwaltschaft. Das Thema darf nicht vom Untersuchungsausschuss erörtert werden.

Seinen Weggang 2010 begründete Mille am Dienstagnachmittag mit dem Wunsch nach einer beruflichen Neuorientierung. Die Frage, ob er von Premierminister Jean-Claude Juncker nach Bekanntgabe des illegalen Mitschnitts des Gesprächs dazu aufgefordert worden sei, sein Amt zu verlassen, wick Mille zuerst aus. In einer ersten Reaktion habe Juncker gesagt, er würde ihn am liebsten gleich rausschmeissen, dann seien die Gründe für derlei Entscheidung sachlich erörtert worden, so Mille. Das was am 16. Februar 2008, als Juncker Mille darüber informierte, er wüsste von der illegalen Aufzeichnung von 2007. Junckers Aufregung verflog schnell, denn Mille blieb bis zum Ende seiner Kündigungsfrist im März 2010. Auch von der parlamentarischen Kontrollkommission Geheimdienst sei er nicht direkt zum vorzeitigen Rücktritt aufgefordert worden, so Mille am Dienstag.

Demission: Öffentliche Debatte hätte dem SREL geschadet

Darauf angesprochen, ob sein vorzeitiger Abgang dem Funktionieren des Geheimdienstes geschadet hätte, antwortete Mille "nur im Falle, wo eine Debatte über die Gründe meines Abgangs losgetreten worden wäre". Dieses hätte dem Vertrauen der ausländischen Geheimdienste und der Bevölkerung in den Luxemburger Geheimdienst schaden können. Mille hatte während eines "emotionalen" Gesprächs Premierminister Jean-Claude Juncker seine Kündigung angeboten. Dieser war aber nicht darauf eingegangen, so der Ex-Geheimdienstchef.

Über die Funktionsweise des Geheimdienstes vor seiner Amtszeit wusste Mille wenig zu erzählen. Als er 2003 Chef des Geheimdienstes wurde, habe er eine "black box" vorgefunden, erklärte Marco Mille. Die verschiedenen Abteilungen hätten voneinander abgeschottet gearbeitet. Die gesammelten Informationen seien nicht allgemein verfügbar gewesen. Das hätte auch für Informationen in den Dossiers der Bombenanschläge und "Stay behind" gegolten, betonte Mille.

Er habe die Funktionsweise des Dienstes zu reformieren versucht, beteuerte Mille. Seine Bestrebungen seien aber nicht "gut angekommen". Es habe große Widerstände gegenüber Neuerungen gegeben, sagte der Ex-SREL-Chef.

Nicht genug Mittel

In seinem aufgezeichneten Gespräch mit Jean-Claude Juncker hatte Mille von einer umfassenden Kartei geredet, in der Eintragungen über Bürger in Luxemburg und Ausländer gesammelt worden seien. Eine grundlegende Erneuerung dieser alten Datenbank sei zum Teil an einem Mangel an Mitteln gescheitert. Auch hätten die Archivare die Dokumente gemäß eines oft "nicht logisch nachvollziehbaren" Kriterien einklassiert. Und 40 Jahre an Daten aufzuarbeiten war nicht möglich. 2004 waren aber einige Aufzeichnungen über Parlamentarier, die noch im Amt waren, aus der Kartei gestrichen worden.

Die Zusammenarbeit mit dem Staatsministerium war regelmäßig. Sie erfolgte meistens zwischen hohen Beamten. Man hätte im Rahmen dieser Kontakte auch auf das Fehlen einer gesetzlichen Basis für die Datenbanken hingewiesen, erörterte Mille am Dienstag. 2002 war ein Gesetz über den Datenschutz angenommen worden. Bei der Ausführung des Gesetzes habe es aber Pannen gegeben. So legte der SREL 2004 eine Datenbank an, obwohl das dazu erforderliche großherzogliche Reglement nicht vorlag, die Datenbank damit seitdem illegal betrieben wird.

Prozeduren wurden respektiert

Der aktuelle SREL-Direktor Patrick Heck hatte am Freitag die Legalität von bis zu sieben Abhöraktionen in den Jahren 2007 bis 2009 in Frage gestellt. Dazu wollte Mille sich nicht äußern. Er wisse nichts davon. Mille betonte, in dringenden Ausnahmefällen reiche es, wenn der Regierungschef der Abhöraktion zustimme. Die notwendigen richterlichen Genehmigungen wurden dann nachgereicht.

Auch die Einstellungspolitik beim Geheimdienst wurde hinterfragt. Hier wurden vor 2004 Beamte ohne offizielle Prozedur eingestellt, heißt es. Niemand sei direkt vom Geheimdienst eingestellt worden, unterstrich Mille. Die Mitarbeiter wurden in den Geheimdienst abkommandiert, unter anderem aus der Polizei und der Armee. Viele Mitarbeiter seien nach 2004 über die normale Prozedur per Staatsexamen rekrutiert worden. Offizieller Arbeitgeber ist dann das Staatsministerium.

Aufgabe des Untersuchungsausschusses ist es, die Arbeitsweise des Geheimdienstes seit seiner Gründung 1960 zu beleuchten insbesondere seit der Annahme des Reformgesetzes von 2004. Ausgeschlossen sind Affäre, die derzeit Gegenstand von Ermittlungen seitens der Staatsanwaltschaft sind.

Der erste Sitzung am Dienstag war öffentlich, doch Marco Mille hatte gebeten, keine Bilder aus dem Sitzungssaal zu übertragen. Lediglich der Ton der Vernehmung wurde übertragen. Der zweite Teil der Sitzung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Dabei sollte Mille unter anderem über den Inhalt der alten Datenbank Auskunft geben. In den Jahren des Kalten Krieges sind systematisch Daten über linke Organisationen, insbesondere die KPL, gesammelt worden



Mittwoch, 16. Januar 2013

Grafik: Wie wird der Luxemburger Korruptions-Index berechnet?

Der Korruptions-Index für jedes Land wird aufgrund von sechs Berichten errechnet, die die Lage jeweils bewerten. Es ist ein zusammengesetzter Index, der sich auf verschiedene Umfragen und Untersuchungen stützt, die von neun unabhängigen Institutionen durchgeführt wurden.



LUXEMBOURG

12e



Der 12e Platz fuer Luxemburg beruht auf sechs verschiedenen Analysen

DHARDOON ICGR

Political Risk
Services
Country Risk Guide

89



Bestnoten

WORLD ECONOMIC FORUM

Executive
Opinion
Survey

86

Mittlere Noten



81

BERTELSMANN FOUNDATION

Sustainable
Governance
Indicators

81

IMD World
Competitiveness
Yearbook

GLOBAL INSIGHT

Country Risk
Rating

73



Die niedrigsten Noten

ECONOMIST INTELLIGENCE UNIT

Country Risk
Assesment

71

www.transparency.org/cpi2012/results

Share image Embed image



17.01.2013 / EILMELDUNG *** Rücktritt von Carlos Zeyen bei Eurojust gefordert

Luxemburgs Regierung muss sich äußern!

Hubertus Knabe, Direktor der Gedenkstätte Berlin- Hohenschönhausen, fordert den Rücktritt des Vize-Präsidenten der EU-Justizbehörde Carlos Zeyen. [Bild.de](#) hatte aufgedeckt, dass der EU-Spitzenbeamte aus Luxemburg in seiner früheren Funktion als Rechtsanwalt in die Verschiebung von illegalen SED-Millionen verwickelt war. Zeyen hatte laut Bild für einen Strohmann der SED/PDS kurz nach dem Mauerfall drei Briefkastenfirmen verwaltet. Allein auf einem Konto der Firma "Ravenburg Ltd, Gibraltar" landeten nach bild.de-Angaben 5,2 Millionen DM (2,6 Millionen Euro) SED-Geld. Heute koordiniert Carlos Zeyen europaweit Ermittlungen wegen Geldwäsche, Korruption und Terrorismus.

Hubertus Knabe sagte gegenüber bild.de: „Allein die Tatsache, dass Herr Zeyen Millionenbeträge aus dem beiseite geschafften SED-Vermögen in seinen Firmen parkte, disqualifiziert ihn meines Erachtens für sein jetziges Amt – unabhängig davon, ob er über die Herkunft des Geldes im Einzelnen Bescheid wusste. Er sollte seinen Posten niederlegen.“

Auch der Geschäftsführer von Transparency Deutschland, Christian Humborg, fordert gegenüber bild.de Konsequenzen: „Wer in leitender Funktion Kriminalität bekämpfen soll, darf nicht selbst – auch nicht vor zwanzig Jahren – an fragwürdigen Briefkastenfirmen beteiligt gewesen sein. Auch die luxemburgische Regierung muss sich äußern, denn sie hat Herrn Zeyen zu EUROJUST abgeordnet.“

Régional & International

Express

Pour Sarkozy, les affaires s'accumulent, mais tout va bien pour l'instant

Par **Marie Simon**, publié le 10/01/2013 à 12:06, mis à jour à 15:46

Karachi, Bettencourt, sondages de l'Elysée... Après la fin de son immunité présidentielle, Nicolas Sarkozy voit se multiplier les affaires. La nouvelle enquête ouverte ce jeudi le place sous la menace d'une mise en examen. Une option que la justice n'a toujours pas retenu contre lui.



Trois juges d'instruction ont décidé d'enquêter pour déterminer si l'ancien président Nicolas Sarkozy s'est rendu complice d'une violation du secret de l'instruction lors de la diffusion d'un communiqué par l'Elysée sur l'affaire Karachi le 22 septembre 2011.

AFP PHOTO LIONEL BONAVENTURE

Ce jeudi, [Nicolas Sarkozy](#) se trouve visé par une nouvelle enquête dans le cadre de [l'affaire Karachi](#). Il s'agit de déterminer si l'ancien président s'est rendu complice d'une violation du secret de l'instruction lors de la diffusion d'un communiqué par l'Elysée le 22 septembre 2011. Ce texte affirmait que "s'agissant de l'affaire dite de Karachi, le nom du chef de l'Etat n'apparaît dans aucun des éléments du dossier". Des familles de victimes avaient porté plainte pour "violation du secret de l'enquête et de l'instruction", et "violation du secret professionnel".

C'est donc bien en marge du dossier Karachi pour une question de procédure, plus que de fond, que Nicolas Sarkozy est inquiet. Une nouvelle affaire pour l'ancien chef d'Etat, qui les collectionne, mais qui est pour l'heure toujours passé à côté d'une mise en examen.

Affaire Karachi: l'instruction continue

De fait, son nom est bien évoqué dans le volet financier de [l'affaire Karachi](#), contrairement à ce qu'indiquait le communiqué de l'Elysée du 22 septembre 2011. Les juges d'instruction se penchent sur des faits datant de 1995, alors que Nicolas Sarkozy était ministre du Budget et porte-parole de campagne d'[Edouard Balladur](#). A-t-il participé à un éventuel financement occulte de la campagne présidentielle de ce dernier en 1995, via des rétrocommissions dans le cadre de contrats d'armement? La justice ne reproche rien de précis à Nicolas Sarkozy, pour le moment.

Quelles suites pour la "bombe" de Takieddine?

Lui-même impliqué dans l'affaire Karachi, l'intermédiaire en armements [Ziad Takieddine](#) a affirmé détenir les preuves d'un financement par le régime libyen de [Mouammar Kadhafi](#) de la campagne présidentielle de Nicolas Sarkozy en 2007. Entendu en décembre par le juge [Renaud Van Ruymbeke](#), il a dit posséder des "preuves". Le juge a considéré que ces déclarations n'entraient pas dans le champ de l'enquête sur le volet financier de l'affaire Karachi. Il les a transmises au parquet, qui a décidé de les verser à l'enquête préliminaire ouverte en avril pour "faux et usage de faux" à la suite d'une plainte de Nicolas Sarkozy contre *Mediapart*, au sujet de ce présumé financement libyen.

Affaire Bettencourt: vers un non-lieu?

Le nom de Nicolas Sarkozy apparaît aussi dans l'un des volets de cette affaire à tiroirs, celui qui vise les abus de faiblesse et autres abus de confiance commis à l'égard de la milliardaire [Liliane Bettencourt](#). Lors d'une longue audition le 22 novembre dernier, le juge Gentil a cherché à savoir si l'ancien président avait pu bénéficier d'importantes sommes d'argent pour financer illégalement sa campagne de 2007 ou pour s'enrichir personnellement. Autre question: Nicolas Sarkozy a-t-il exercé des pressions sur [Philippe Courroye](#), l'ex-procureur de Nanterre quand il était en charge de l'affaire?

Contrairement à son ex-trésorier de campagne [Eric Woerth](#) qui a été mis en examen, Nicolas Sarkozy figure finalement sous le simple [statut de témoin assisté](#). Aucune autre convocation n'a été programmée, selon son avocat. Sauf rebondissement, l'ancien président pourrait bénéficier d'un non-lieu si ce régime était maintenu jusqu'à la fin de l'instruction.

Sondages de l'Elysée: plus encombrant

Cette affaire est potentiellement plus encombrante pour [Nicolas Sarkozy](#). Une enquête préliminaire a été ouverte à Paris, le 12 octobre dernier, à la suite d'une plainte déposée par l'association Anticor, pour "favoritisme", "violation du Code des marchés publics" et "détournements de fonds publics". En cause: la multiplication de sondages menés lors du précédent quinquennat, parfois sans appel d'offre préalable, portant sur des sujets peu en rapport avec sa fonction voire trop " partisans ", selon l'association.

Reste à voir [si l'immunité présidentielle s'applique ou non](#): l'affaire des sondages de l'Elysée est-elle "détachable" ou "dissociable" de l'exercice du pouvoir? La question n'est pas encore tranchée

Suivre le Monde sur Twitter



@lemondefr [Google+](#)

11 janvier 2013

Corruption chez Wal-Mart: tous les jours une nouvelle révélation

«Every day low prices» (Tous les jours des bas prix). Wal-Mart a bâti sa puissance à partir de cette célèbre formule. Mais depuis plusieurs mois, le numéro un mondial de la distribution pourrait changer de slogan pour: «Tous les jours une nouvelle révélation.» Nettement moins vendeur, évidemment. Wal-Mart est empêtré dans une vilaine affaire de corruption qui va de rebondissement en rebondissement. Dernier en date: deux représentants au Congrès, Henry Waxman et Elijah Cummings, affirment, jeudi 10 janvier, que le patron de Wal-Mart, Mike Duke, était au courant dès 2005 des accusations de corruption dans sa filiale mexicaine.



Depuis que le *New York Times* a révélé, en avril 2012, que Wal-Mart aurait recouru à des pots-de-vin, c'est la première fois que le sommet de l'entreprise est directement impliqué dans cette affaire. Ce qui nous a valu un éclair de lucidité de la part d'une porte-parole de Wal-Mart, pour qui ce nouveau rebondissement *«laisse la mauvaise impression que nos communiqués publics sont contredits par l'information publiée aujourd'hui»*.

C'est bien le problème, car, jusqu'ici, la direction de Wal-Mart a toujours joué les étonnées, tout en promettant de coopérer au maximum avec les enquêteurs pour que la lumière soit faite. C'était bien le minimum par rapport à la gravité des accusations. Il ne s'agit pas en effet de quelques billets destinés à accélérer l'obtention d'un permis de construire ou d'une façon de se fondre dans un quelconque folklore local. Non, selon le *New York Times*, il est question d'une stratégie très élaborée afin de contourner la loi et d'évincer les rivaux en faisant appel à des officines extérieures pour qu'on ne remonte pas au sommet de l'entreprise.

Depuis, ça tombe comme à Gravelotte: mi-novembre, on apprenait que des soupçons de corruption concernaient également le Brésil, la Chine et l'Inde. Dans ce dernier pays, une semaine plus tard, Wal-Mart décidait de mettre à pied son directeur financier et plusieurs auditeurs. Le 19 décembre, le nombre de magasins impliqués au Mexique passait à 19.

Wal-Mart n'est donc pas au bout de ses peines et le sait. Dès mai, le groupe avait fait part de ses craintes à la SEC, le gendarme de la Bourse américaine, en expliquant, dans une jolie formule, que ses dirigeants pourraient consacrer du temps à cette affaire au détriment de la gestion du groupe. Pour certains d'entre eux, cela pourrait même devenir un job à plein temps.



Politik

11.01.2013 - 16:12 Uhr

Thyssen-Krupp Dieser Gewerkschafter machte Luxus-Reisen auf Firmenkosten

Milliardenverluste und Kartellverstöße haben bei Thyssen-Krupp den halben Vorstand den Kopf gekostet – Aufsichtsratschef Gerhard Cromme steht schwer unter Druck.

Nun gerät auch noch der Vize-Aufseher des Essener Stahlkonzerns ins Visier interner Prüfungen: Bertin Eichler (60), der als Vertreter der IG-Metall im Aufsichtsrat sitzt, soll auf Firmenkosten Luxusreisen in alle Welt gemacht haben.



Bertin Eichler

Foto: dapd

Wie das „Handelsblatt“ berichtet, flog der Gewerkschafter zwischen 2004 und 2012 erster Klasse nach Thailand, Kuba, in die USA und zweimal nach China.

An den Reisen nahmen auch Vorstände und bisweilen der Betriebsratschef teil.

Auch wenn der Anlässe für die Übersee-Trips geschäftlich waren, so standen auch stets Ausflüge auf dem Programm, die reines Privatvergnügen waren:

- In Brasilien ging's mit den mitreisenden Kollegen auf den Zuckerhut, das Wahrzeichen von Rio de Janeiro
- Von China aus machten die Geschäftsreisenden einen Ausflug ins Spielerparadies Macau

• 2004 ließ sich IG-Metaller Eichler von Thyssen-Krupp zum Formel-1-Rennen nach Schanghai einladen. Von der für Gäste angemieteten Loge durfte der Gewerkschafter das Rennen verfolgen, berichtet das „Handelsblatt“.

Die Reise nach Kuba habe Eichler sogar selbst vorgeschlagen und eine Geschäftsanbahnung für den Bereich Aufzug- und Anlagenbau in Aussicht gestellt, weil er einen Bekannten in der Branche dort habe. Eichler flog 2011 mit Personalchef Ralph Labonte und Technologievorstand Olaf Berlien auf die Karibikinsel.

Auf der Hinreise flog die Gruppe Charter und musste in der Holzklasse sitzen. Für die Rückreise nahmen die drei Herren deshalb einen Umweg über Mexiko-City in Kauf, um im Linienflieger First Class sitzen zu können.

Thyssen-Krupp



Darum wankt der deutsche Stahlgigant

Dunkle Wolken über der Villa Hügel, Symbol für den Weltkonzern ThyssenKrupp, die Stahlschmiede aus Deutschland. [mehr...](#)

Schienenkartell im Nobel-Bordell

Doch Eichler steht nicht nur wegen der Luxusreisen in Verruf. Er soll sich für die großzügigen Einladungen durch unkritische Fragen im Aufsichtsrat revanchiert haben.

Während die Betriebsräte in den Sitzungen auch mal hart nachhaken, nahm der Gewerkschafter die Rolle des Moderators ein, schreibt das „Handelsblatt“.

Auch der Ausschüttung von Dividenden aus der Substanz soll er zugestimmt haben – ebenso der Verdopplung der fixen Vergütung der Aufsichtsräte.

EICHLER ZIEHT KONSEQUENZEN

Bertin Eichler kündigte am Freitag an, er werde bei der 2013 anstehenden Wahl der Arbeitnehmervertreter für den Aufsichtsrat nicht mehr kandidieren. Außerdem werde er ThyssenKrupp die Preisdifferenz zwischen First-Class- und Business-Class-Flügen erstatten.

Auch der frühere Vorstand Jürgen Claassen wurde inzwischen vom Hof gejagt – ebenfalls wegen Luxusreisen. Neuer starker Mann des Konzerns ist Vorstandschef Heinrich Hiesinger. Er will unter den weltweit 150 000 Mitarbeitern eine neue Führungskultur einführen, in der „Seilschaften und blinde Loyalität“ nicht wichtiger seien als unternehmerischer Erfolg.

Deutsche Bank im Visier

journal.lu - 12.12.2012



Ins Visier geriet die Bank mit der Verurteilung von sechs Investmentbankern letztes Jahr
Foto: dapd

FRANKFURT

O. TEUTSCH UND P. HEINZ (DAPD)/MM

Razzien und Ermittlungen gegen Co-Chef Fitschen - Fünf Haftbefehle vollstreckt

Ein schwarzer Tag für die Deutsche Bank: Ein Gericht in Singapur hat das Geldhaus angewiesen, einem ehemaligen Kunden 49 Millionen Dollar zu zahlen, wegen Verletzung der Fürsorgepflicht der Bank.

Fast zeitgleich fanden in Deutschland Razzien gegen das größte deutsche Finanzinstitut statt. Der Verdacht richtet sich auch gegen einen der beiden amtierenden Chefs: Die Staatsanwaltschaft ermittelt im Zusammenhang mit millionenschwerem Umsatzsteuerbetrug gegen den Co-Vorstandsvorsitzenden Jürgen Fitschen sowie Finanzvorstand Stefan Krause. Beide hätten die falsche Umsatzsteuererklärung für das Jahr 2009 unterschrieben, die aber später freiwillig korrigiert worden sei. Zuvor hatten rund 500 Beamte bundesweit Büros der Bank und Wohnungen durchsucht.

Nach Angaben der Frankfurter Generalstaatsanwaltschaft stehen 25 Mitarbeiter der Deutschen Bank unter dem Verdacht der schweren Steuerhinterziehung, Geldwäsche und versuchten Strafvereitelung. Fünf Beschuldigte wurden demnach wegen Verdachts der Geldwäsche und versuchter Strafvereitelung verhaftet. Am Nachmittag teilte die Deutsche Bank mit, dass auch die Vorstandsmitglieder Fitschen und Krause zum Kreis der Verdächtigen gehören. Das Institut betonte allerdings, dass die falschen Angaben in der Umsatzsteuererklärung freiwillig berichtigt worden seien. „Anders als die Staatsanwaltschaft vertritt die Deutsche Bank die Auffassung, dass diese Korrektur rechtzeitig erfolgte“, heißt es in der Erklärung.

Umsatzsteuerbetrug mit CO2-Zertifikaten

Grund für die Ermittlungen und die Razzia ist einer der größten Fälle von Umsatzsteuerbetrug in der Geschichte der Bundesrepublik. Das Landgericht Frankfurt am Main hatte im vergangenen Jahr sechs Investmentbanker wegen Steuerbetrugs zu Haftstrafen zwischen drei und sieben Jahren und zehn Monaten verurteilt. Beim Handel mit Emissionsrechten für Treibhausgase hatten sie Steuern in Höhe von 300 Millionen Euro hinterzogen.

Während des Prozesses waren auch sieben Mitarbeiter der Deutschen Bank wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung ins Visier der Ermittler geraten. Nun werden weitere Banker verdächtigt, mit den krummen Machenschaften zu tun oder diese verschleiert zu haben. „Es besteht nunmehr unter anderem der Verdacht, dass den Ermittlungsbehörden von Mitarbeitern der Bank Beweismittel vorenthalten und Geldwäscheverdachtsanzeigen nicht erstattet wurden“, heißt es in einer Erklärung der Generalstaatsanwaltschaft. Außer in Frankfurt seien die Ermittler unter anderem in Berlin und Düsseldorf aktiv gewesen. Ob die fünf verhafteten Mitarbeiter im Gefängnis bleiben oder vorerst freikommen, muss nun ein Haftrichter entscheiden.

Im Verfahren gegen die sechs Steuerbetrüger hatte der Vorsitzende Richter Martin Bach die Deutsche Bank ausdrücklich kritisiert. Während andere Banken die Geschäftsbeziehungen zu den Angeklagten wegen mangelnder Erfahrung und fehlender Kompetenz abgelehnt hätten, sei die Deutsche Bank ohne große Überprüfungen zur Zusammenarbeit bereit gewesen. In einem Fall sei der Zusammenarbeit in dem millionenschweren Geschäft nur ein zehnminütiges Gespräch vorausgegangen. Die Angeklagten handelten im Tatzeitraum zwischen September 2009 und April 2010 über mehrere Gesellschaften und Firmen mit CO2-Emissionszertifikaten.

Dabei kauften sie die teuren Klimarechte umsatzsteuerfrei ein, gaben dann aber bei der monatlichen Meldung ans Finanzamt an, die Umsatzsteuerbeträge in Millionenhöhe entrichtet zu haben. Durch die Vielzahl von eingeschalteten Zwischenhändlern wurde die Hinterziehung der Umsatzsteuer dabei geschickt verschleiert.

Umsatzsteuerbetrug mit CO2-Zertifikaten

14. Januar 2013 17:29

50.000 Phantom- Renten in Griechenland

Rund 50.000 Menschen haben sich nach offiziellen Angaben in Griechenland 2012 trotz intensiver Kontrollen Renten und Pensionen verstorbener Angehöriger erschlichen. Seit 1. Januar werden jene Renten nicht mehr ausgezahlt.



Seit dem 1. Januar werden keine Phantom-Renten mehr in Griechenland ausgezahlt. (Bild: dpa)

Griechenland in Not

Phantom-Renten: Athen zieht Schlußstrich

2012 haben sich 50.000 Menschen in Griechenland "Phantom-Renten" erschlichen. "Das Ministerium wird diese Gelder zurückfordern", erklärte der griechische Arbeitsminister Giannis Wroutsis am Montag im griechischen Parlament.

Seit dem 1. Januar werden diese Renten nicht mehr ausgezahlt. Die Behörden ermitteln nun gegen die Verwandten. Neue Fälle solle es nicht mehr geben.

Mit einem neuen elektronischen Überwachungssystem sollen die Renten- und Pensionskassen direkt mit den Standesämtern ab 1. März verbunden werden. Bei einem Sterbefall soll dann automatisch die Auszahlung der Rente gestoppt werden.

Autriche

14 janvier 2013 17:01; Ex-eurodéputé condamné à 4 ans de prison

L'ancien ministre autrichien de l'Intérieur et député européen, Ernst Strasser, a été condamné lundi à quatre ans de prison ferme pour corruption par un tribunal de Vienne.



L'ex-eurodéputé Ernst Strasser dit avoir voulu démasquer les journalistes qui l'ont piégé. (AFP)

Le conservateur Ernst Strasser, piégé par des journalistes britanniques, avait accepté de présenter des amendements ciblés favorables à un lobby contre des rémunérations allant jusqu'à 100 000 euros par an. La conversation avait été enregistrée.

M. Strasser a toutefois formellement nié avoir voulu se faire acheter. Le responsable politique aurait eu des soupçons dès le début sur ses interlocuteurs, estimant qu'ils pouvaient faire partie de services secrets et avait décidé de jouer le jeu afin de les démasquer, avait indiqué son avocat Thomas Kralik.

Peu crédible

Cette affirmation fait partie «des plus aventureuses que j'ai entendues durant mes vingt ans d'expérience», a déclaré lundi le juge Georg Olschak. «Vous ne trouverez aucun tribunal en Autriche

qui croira» à cette histoire, a-t-il ajouté, alors que M. Strasser a la possibilité de faire appel du jugement. Ernst Strasser avait été inculpé pour corruption à l'issue d'une enquête de plusieurs mois menée au Parlement européen en collaboration avec l'agence Eurojust. Il risquait jusqu'à 10 ans de prison.



Deutsche Bank, UBS, ...

15 janvier 2013 16:03; Act: 15.01.2013 16:28Print

Quatre banques auraient soutenu des criminels

Le Fonds suisse Bruno Manser a dénoncé UBS, Edmond de Rothschild, Pictet & Cie et la Deutsche Bank pour leurs affaires avec le clan Taib, en Malaisie.



Parmi les banques dénoncées, la Deutsche Bank. (photo: AFP)

UBS va payer 1,1 milliard d'euros d'amende

La Deutsche Bank perquisitionnée

Le Fonds Bruno Manser, basé à Bâle en Suisse, reproche aux quatre banques de soutenir l'organisation considérée comme criminelle. Selon lui, le chef du gouvernement du Sarawak, Abdul Taib Mahmud, alias Taib, est le principal responsable et profiteur de l'exploitation des forêts en Malaisie. L'homme est au pouvoir depuis 1981. Le Fonds Bruno Manser estime que le clan Taib a amassé 20 milliards de dollars grâce à la corruption, les monopoles et les abus d'autorité.

Lors d'un procès pour le divorce d'un membre du clan, un tribunal de Kuala Lumpur a établi qu'un des fils de Taib possédait 111 comptes bancaires dans 11 pays. Il disposerait de 100 millions de dollars dans les banques UBS, Edmond de Rothschild et Pictet & Cie. Le Fonds Bruno Manser lutte pour la préservation des forêts en Malaisie et pour la défense des populations qui y vivent, en particulier au Sarawa

Col Blanche 16.01.2013 13:57 ▲ dénoncer ce commentaire

Toujours UBS

déjà impliquée dans les enquêtes sur le blanchiment d'argent à travers des comptes anonymisés à la Clearstream, cette banque est dangereuse pour la sécurité intérieure des Etats. Tiens, au fait : Après les députés, les services secrets de Juncker ont-ils surveillé les banquiers d'UBS ou de Goldman-Sachs?

Zypern 15. Januar 2013 12:09;

Präsident wehrt sich gegen Geldwäsche- Vorwurf

Im Streit um ein Hilfspaket für das hochverschuldete Euro-Mitglied Zypern weist der zyprische Präsident Dimitris Christofias jeglichen Vorwurf der Geldwäsche zurück.

Bei einer Debatte im Europaparlament in Straßburg sprach der linke Präsident von "unfairer Kritik". "Es gibt keine Geldwäsche in Zypern, das möchte ich einmal absolut klar sagen", betonte Christofias. "Die Leute sollten aufhören, aus politischen Erwägungen mein Land zu stigmatisieren."



Der zyprische Präsident weist alle Vorwürfe strikt zurück. (dpa)

Die Bedenken belasten die Verhandlungen mit den internationalen Geldgebern von EU-Kommission, Internationalem Währungsfonds (IWF) und Europäischer Zentralbank (EZB) über ein Hilfspaket für Zypern. Die Euro-Finanzminister müssen

darüber entscheiden, dies könnte sich laut Zeitungsberichten noch bis zum Frühjahr hinziehen. Der Inselstaat hatte im Sommer 2012 Hilfe aus dem Euro-Rettungsschirm beantragt. Benötigt werden voraussichtlich 17,5 Milliarden Euro.

Geld aus Russland

Russische Investoren sollen hohe Geldsummen bei Zyperns Banken angelegt haben. Insbesondere aus Deutschland gibt es Kritik, dass der Steuerzahler zyprische Banken retten solle, bei denen russisches Schwarzgeld liegt und die bei der Steuerhinterziehung helfen. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europaparlament Rebecca Harms sagte: "Ich glaube, es wäre falsch so zu tun, als wenn auf Zypern nicht tatsächlich Hilfestellung geleistet würde für Steuerflüchtlinge und Steuervermeider."

Christofias beklagte sich über einen "Mangel an Verständnis im Ausland". Zudem gebe es unterschiedliche Ansichten über die benötigte Summe. "Die Verzögerung liegt nicht an der zyprischen Regierung, sondern eher beim IWF, der glaubt, dass unser Bedarf der Höchstbedarf ist. Wir glauben, dass wir weniger brauchen werden." Er setze sich dafür ein, dass Zyperns Banken künftig auch direkt Kredite aus dem Euro-Rettungsfonds erhalten. Christofias ist ein scheidender Präsident, im Februar wird auf Zypern ein Nachfolger gewählt.

Spektakulärer Spionageprozess in Stuttgart



Spionagegeschichten locken stets viele Neugierige in die Gerichtssäle .
Foto: Marijan Murat

(dpa) - Sie sollen sich als harmlose Familie getarnt und so jahrelang Geheimnisse der EU und der Nato an Russland geliefert haben. Ein mutmaßliches deutsches Spionage-Ehepaar muss sich wegen „geheimdienstlicher Agententätigkeit“ seit diesem Dienstag vor dem Stuttgarter Oberlandesgericht verantworten.

Mehrere hundert politische und militärpolitische Dokumente soll das Paar von Deutschland aus an den russischen Geheimdienst SWR weitergeben haben - etwa über „tote Briefkästen“ und das Internet. Dafür erhielten die Eheleute nach Erkenntnissen der Bundesanwaltschaft 100 000 Euro pro Jahr. (Az.: 4b - 3 StE 5/12)

Mit Alias-Namen und falschen Papieren hätten sich die Angeklagten seit den 1980er Jahren im hessischen Marburg und im baden-württembergischen Balingen eine bürgerliche Existenz aufgebaut.

Tote Briefkästen

Hinter der harmlosen Fassade spionierten sie laut Anklage munter. So sollen sich die Eheleute von Oktober 2008 bis August 2011 über einen dritten Agenten Dokumente aus dem österreichischen Außenministerium beschafft haben. Diese habe der Mann über „tote Briefkästen“ - also Verstecke, die nur Sender und Empfänger kennen - weitergeleitet.

Vor gut einem Jahr flog das Paar auf. Beide sitzen in Untersuchungshaft.

New York verschärft Waffengesetz: Waffenlobby empört



Die Waffenlobby will sich einige ihrer liebsten Spielzeuge nicht verbieten lassen.
Symbolbild: Shutterstock

(dpa) - Die mächtige US-Waffenlobby hat die Verschärfung der Waffengesetze im Bundesstaat New York heftig kritisiert. Die National Rifle Association und ihre New Yorker Mitglieder seien empört über das drakonische Waffengesetz, das jetzt durchgepeitscht wurde, heißt es in einer Erklärung der Organisation.

Senat und Repräsentantenhaus des Bundesstaates hatten innerhalb von 24 Stunden das schärfste Waffengesetz der USA verabschiedet. Sturmgewehre sind praktisch verboten, Magazine dürfen maximal sieben Schuss enthalten und es gibt verschärfte Kontrollen von Waffenkäufern.